



POLITISCHER PROTEST – gestern und heute

Warum Menschen auch im
digitalen Zeitalter demonstrieren

Philipp Gassert

AUF EINEN BLICK

Fridays for Future, Black Lives Matter, „Querdenker“. Die Republik scheint nicht zur Ruhe zu kommen. Straßenprotest, in seiner ganzen Bandbreite und performativen Hülle und Fülle, von der klassischen Demonstration über Platzbesetzungen und Blockaden bis zur Menschenkette, ist historisch gewachsener Alltag in Deutschland. Er verfügt auch und gerade in der digitalen Gegenwart über eine urtümliche Kraft, Probleme markant zu benennen. Er macht der etablierten Politik Dampf, übt Druck auf gesellschaftliche Akteure aus, setzt Agenden. Er benennt Defizite, schafft gesellschaftliches Problembewusstsein; doch zugleich ist er, wie wir aus Erfahrung wissen, in seiner Lösungskompetenz begrenzt.

Eigentlich müssten wir uns doch fragen, warum Menschen weiterhin im Protest auf die Straße gehen, wo sie doch Facebook, Instagram, TikTok und Twitter haben. Dass Straßenprotest trotz Social Media und Internet nicht verschwindet, hat historische Gründe: Er hat sich als Form der antagonistischen politischen Kommunikation schlichtweg bewährt. Er setzt im Ringen um Themen, Agenden und Aufmerksamkeit mediale Anreize. Er schafft mittels physischer Präsenz möglichst vieler menschlicher Körper im öffentlichen Raum berichtenswerte, visualisierbare Ereignisse. An diesem Grundprinzip ändert sich trotz Digitalisierung nichts, im Gegenteil. Auch künftig dürften sich Proteste nicht vollständig von „offline“ auf „online“ verschieben, selbst wenn sich der spezifische mediale Mix und Anteil stets wandelt.

Dass Straßenprotest weiter verfängt, hat auch mit seiner Qualität als Sinnstifter zu tun, als Mittel der Verständigung einer Gruppe oder Gesellschaft über sich selbst. Ursprünglich Medium radikaler Außenseiter, wurde friedlicher Straßenprotest mit der Friedensbewegung der 1980er Jahre sowie der „Wende“ in der DDR 1989/90 für breite Kreise normal bis akzeptabel. Er wirkt in seiner Gesamttendenz heute kaum mehr revolutionär, hat sich über die Jahrzehnte „normalisiert“. Klimastreiks und Antirassismus werden von der etablierten Politik sogar begrüßt. Doch weil Protest Normalität geworden ist, schaden Gewalt und fehlende Abgrenzung von Extremisten dem legitimen Anliegen einer Bewegung umso fundamentaler.

INHALTSVERZEICHNIS

1	Politik mit dem Ausrufezeichen	3
2	Protest hat eine Geschichte	3
3	Protest ist eine Bühne	4
4	Quantität als Erfolgskriterium?	5
5	Die Normalisierung von Protest	6
6	Wendepunkt 1980er Jahre	7
7	Gewalt und Radikalisierung schaden einer Bewegung	9
8	Was Protest bewirken kann	10
9	Sinnstiftung im Kollektiv	11
10	Protest zielt auf mediale Wirkung	12
11	Protest zeigt sozialen Wandel an	13
	Literatur	15

1. POLITIK MIT DEM AUSRUFZEICHEN

Gefühlt wird in Deutschland immer irgendwo demonstriert. Selbst während des Lockdown aufgrund von COVID-19 dauerte es nur kurz, bis am 4./5. April 2020 die sich für Flüchtlinge einsetzende Seebrücke-Bewegung die Grenzen des auf Basis des Pandemiegesetzes verhängten Versammlungsverbots austestete und vom Bundesverfassungsgericht partiell auch Recht bekam. Es folgten im Mai/Juni die Black-Lives-Matter-Proteste, im Sommer die „Hygiene-Demonstrationen“ oder der Autobahn-Protest im Dannenröder Forst. Auch die Fridays-for-Future-Demonstrationen kehrten im September zurück. Da politischer Protest ein Normalfall unserer politischen Kultur ist, sollte es auch nicht überraschen, dass angesichts existentieller Krisen wie Klimawandel, Migration und Corona Dissens hinaus auf die Straßen schwappet. Was jedoch überrascht, ist, dass ungeachtet der rasanten Digitalisierung des Lebens Straßendemonstrationen nichts von ihrer potentiell urtümlichen Wucht und provozierenden Qualität verlieren. Das hat historische Gründe: Politischer Protest hat sich zur Erzielung von Aufmerksamkeit bewährt, setzt hinter bestimmte Fragen ein Ausrufezeichen. Um diese historische Dimension geht es hier erstens; zweitens, um die „Normalisierung“ von Straßenprotest seit 1945; drittens, um das Moment der Sinnstiftung, der Selbstverständigung einer Gesellschaft über sich selbst, die vermutlich entscheidende Wirkungsebene politischer Proteste.

2. PROTEST HAT EINE GESCHICHTE

Als Anfang September 2020 eine Truppe Rechtsradikaler die Treppen zum Reichstag hinaufstürmte, erzielten Neonazis und Rassisten bundesweit Aufmerksamkeit. Die Polizei verlor die Kontrolle nur kurzzeitig, der Spuk war innerhalb weniger Minuten vorüber. Weder war die politische Ordnung der Bundesrepublik gefährdet, noch drohte der Sturz der Regierung, noch hatte das Parlamentsgebäude selbst kurz vor einer Invasion gestanden. Doch die Bilder blieben haften. Vom Bundespräsidenten bis zu individuellen Bloggern oder Kommentatoren auf Sozialen Medien reizte der gezielte Angriff auf das Parlament zu Reaktionen.

Das beunruhigende Treiben vor dem Reichstag ist eine Erinnerung daran, dass auch im Zeitalter von sozialen Medien und Internet die gezielte „Eroberung“ physischer Räume eine essentielle Quelle von wirksamem, das heißt medial breit wahrnehmbarem Protest ist. Dabei sind alle der jüngeren Bewegungen, gleich ob „links“, „rechts“ oder Status-quo-orientiert, auf verschiedenen medialen Kanälen online permanent präsent, wo sie ihre Ziele längst öffentlich zugänglich kommuniziert haben, bevor sie überhaupt „auf die Straße gehen“. Jeder oder jede kann sich ungefiltert von etablierten medialen „Gatekeepern“ direkt über die Ziele der Klimaaktivisten oder der Corona-Skeptiker informieren und diese weiterverbreiten. Dennoch organisieren diese Gruppen physischen Straßenprotest.

Die Frage, warum Menschen nach wie vor in großer Zahl protestierend auf die Straße gehen, ist keineswegs trivial: Wir leben in einem völlig anderen medialen und gesellschaftlichen Umfeld als die Liberalen des Vormärz, die für eine freiheitliche Verfassung und nationale Einheit protestierten; oder die Arbeiter des Kaiserreichs, die im Zeitalter von Flugblatt und Massenpresse die soziale Frage thematisierten; oder selbst die Studenten von 1968, die auf Emanzipation und Selbstverwirklichung drängten, als das Fernsehen erstmals eine neue Unmittelbarkeit der Übermittlung und Wahrnehmung von Protest ermöglichte; oder auch die Leipziger Montagsdemonstrierenden 1989, die in der Diktatur auf Weltöffentlichkeit hofften.



Die Montagsdemonstrationen in Leipzig waren der Beginn der Friedlichen Revolution in der DDR. Am 11. Dezember 1989 forderten Demonstranten „Deutschland einig Vaterland“.

3. PROTEST IST EINE BÜHNE

Obwohl sich das Mediensystem seit dem 19. Jahrhundert dramatisch gewandelt hat, wird die Straße immer wieder als Bühne zur Aushandlung politischer und gesellschaftlicher Konflikte bespielt. Sichtbarer Protest – und damit dessen vordergründiger Erfolg – wird weiterhin daran gemessen, wie viele Menschen sich massenhaft physisch im Licht der Öffentlichkeit versammeln und dafür mancherlei Unbill, Anstrengung und Risiken in Kauf nehmen, auch Sonne und Regen ertragen. Dabei könnten sie doch bequem von ihrem Sessel aus digital Widerstand leisten. Warum also reichen rein mediale Formen nicht aus, um Dissens wirksam zu kommunizieren?

Die Antwort lautet zunächst ganz schlicht, dass die Geschichte selbst normierend wirkt. Als Individuen und als Gesellschaft erkennen, bewerten und kategorisieren wir Straßenprotest intuitiv als politisches Statement – und nicht als eine Art Freizeitbeschäftigung (obwohl er

das für manche auch ist). Dies erfolgt aus einer historischen Prägung heraus: Straßenprotest bleibt eine effiziente und legitime Form der antagonistischen politischen Kommunikation, weil er sich in der Vergangenheit immer wieder ereignet und bewährt hat. Die Politikwissenschaft nennt das Pfadabhängigkeiten. Ein Historiker würde sagen: Der Straßenprotest ist tradiert, überliefert.

Im kollektiven Gedächtnis hat sich als erfahrungsgesättigte Norm abgelagert, was unter Protest zu verstehen ist. Dass dieser in der Vergangenheit auch Erfolge zeitigte, indem er Agenden setzte und Themen platzierte, macht ihn dann wiederum attraktiv für Heutige. Dabei gleichen Politik, Medien, Wissenschaft und Aktivist*innen aktuelle Protestbewegungen reflexartig mit historischen Vorbildern ab: Im heutigen Deutschland dauert es meist nicht lang, bis der vergleichende Blick auf das unvermeidliche „1968“ fällt; oder es wird je nach Thema an die Blockaden und Platzbesetzungen der Anti-AKW-Bewegung erinnert (Stichwort: „Hambacher Forst“), seltener dagegen an die ausgesprochen nationalistischen Protestbewegungen der frühen Bundesrepublik. In den Köpfen hat sich zu Unrecht festgesetzt, dass Straßenprotest durchweg dem politisch „progressiven Spektrum“ zuzuordnen ist.

4. QUANTITÄT ALS ERFOLGSKRITERIUM?

Weil massenhafte Präsenz in den Straßen ein medialisierbares Ereignis ist, wird regelmäßig über Zahlen gestritten. Ob nun 20.000 oder Hunderttausende oder gar eine Million an einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen teilgenommen haben, scheint einen Unterschied zu machen, wie auch die Frage, ob die Demonstranten von Fridays for Future die jemals größten Demonstrationen „unserer Geschichte“ auf die Beine stellten. Letzteres ließe sich mit Fug und Recht bestreiten. Auch der Streit um Zahlen verweist auf die historische Ebene. Vergleichendes quantifizieren ist für Veranstalter von politischen Protestereignissen immer auch eine Form der Erfolgskontrolle. Die Menschenkette der „Querdenker“ Anfang Oktober am Bodensee wirkte auch deshalb als Misserfolg, weil sie visuell mit dem historischen Ereignis der „großen Menschenkette“ der Friedensbewegung vom 22. Oktober 1983 konkurrierte.

Aus historischer Sicht lässt sich sagen, dass Zahlen nicht alles sind. Einige, in der quantitativen Betrachtung eher kleine Bewegungen, wie die Studentenproteste der späten 1960er Jahre, die Frauenbewegung der 1970er Jahre oder Pegida seit 2014 erzielten eine überraschend starke Wirkung, weil sie sich entweder in einer medialen oder aber einer gesellschaftlichen Schwellensituation ereigneten. „1968“ hat so langanhaltende Wirkungen aufgrund der damals stattfindenden Visualisierung des Mediensystems gehabt, die versprengten Protestereignissen eine außerordentliche, historisch langwirkende Aufmerksamkeit bescherte. Eine Bewegung kann aber auch pars pro toto für eine gewandelte Problemwahrnehmung stehen, weshalb etwa die Frauenbewegung und Pegida einen Nerv trafen. Dies gilt auch für die Demonstran-

ten von Fridays for Future, die ja weder medial noch inhaltlich Neuland beschreiten, aber die Klimafrage zur Priorität machen konnten, weil es zur gesellschaftlichen Wahrnehmung der globalen Erwärmung passte.

Zeitpunkt sowie mediales und gesellschaftliches Umfeld tragen wesentlich dazu bei, ob eine Bewegung breit verfangt, erinnert oder vergessen wird. Einige der quantitativ größten Protestbewegungen der deutschen Geschichte seit 1945 spielen in der kollektiven Erinnerung praktisch keine Rolle: So streikten und demonstrierten 1948 größere Teile der Bevölkerung wiederholt gegen Hunger, Schwarzmarkt („Schieberei“), alliierte Gängelung und Demontagen von Industriebetrieben durch die Besatzungsmächte. Im November 1948 richtete sich eine enorm breite Protestwelle gegen die sozialen Folgen der Währungsreform, weil aufgrund der Freigabe der Preise, aber nicht der Löhne, die Schere zwischen Arm und Reich dramatisch auseinandergegangen war. In der jungen Bundeshauptstadt Bonn wiederum machten Anfang der 1950er Jahre Besatzungsgeschädigte, Flüchtlinge und Vertriebene auf sich aufmerksam; oder seit den späten 1950er Jahren immer wieder Bergarbeiter, die angesichts der vielen Zellschließungen Trauermärsche nach Bonn organisierten. Auch die großen Notstandsdemonstrationen von 1968 sind weitgehend verdrängt wie auch die „wilden Streiks“ der „Gastarbeiter“ 1972/73.

Nicht zuletzt aufgrund historisch weit zurückreichender Pfade und Erfahrungen sind wir ein Stück weit darin festgelegt, wie wir heutzutage politischen Protest organisieren. Das Repertoire ist keineswegs statisch, sondern gewachsen: Platzbesetzung und Straßendemonstration sind Resultate einer langen Entwicklung. Dabei werden nicht allein Bewegungswissen und Protesttechniken von einer Generation an die nächste weitergegeben und modifiziert. Auch normieren historische Erzählungen etwa zu „1968“ oder zur „Friedensbewegung“, was gesellschaftliche Akteure, Publikum, Politik, Medien und Öffentlichkeit als politischen Protest wahrnehmen und sprachlich fassen. Dabei hat sich historisch durchgesetzt, dass wirksame Protesthandlungen nicht rein medial inszeniert oder rein schriftlich kommuniziert werden können, etwa in Form einer Petition, eines Flugblatts, eines Films oder eines Social Media-Posts. Sondern sie müssen performativ in den Straßen aufgeführt werden.

5. DIE NORMALISIERUNG VON PROTEST

Heute riecht es nicht mehr nach Umsturz und Revolution, wenn Menschen protestförmig auf die Straßen gehen. Sieht man genau hin, so demonstrieren überwiegend Mitglieder der gesellschaftlichen Mitte, so im Falle von Stuttgart 21, Fridays for Future, Black Lives Matter oder der aktuellen „Hygiene-Demonstrationen“, die sich gegen die Einschränkung von Freiheiten in der medizinischen Ausnahmesituation der COVID-19-Pandemie richten. Proteste Marginalisierter, so von Asylbewerbern in Aufnahmeeinrichtungen, von Jugendlichen auf nächtlichen Plätzen, von Fußballfans vor und in Stadien, werden von Mehrheit und Medien entweder ignoriert oder als „Krawall“ entpolitisiert. Die Grenzen sind hierbei nicht immer leicht zu ziehen.

Dass bestimmte Protestformen zum Normalfall unserer politischen Kultur geworden und in der öffentlichen Wahrnehmung meist positiv besetzt sind, ist ebenfalls Ergebnis einer historischen Entwicklung. Klar, Versammlungsfreiheit und Demonstrationsrecht, sind, wie die damit eng verknüpfte Meinungs- und Pressefreiheit, Kernbestand unserer Grundrechte. Sie wurden schon von der Paulskirche festgeschrieben und dann aus der Weimarer Reichsverfassung ins Grundgesetz importiert, wo Artikel 8 die Versammlungsfreiheit garantiert, und die, wie das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen seit Beginn der COVID-19-Pandemie feststellte, auch nicht einfach so pauschal beschränkt werden dürfen.



Studentenzug zur Wartburg 1817

So akzeptabel bis geduldet friedlicher Straßenprotest für die große Mehrheit heutzutage ist, so unanständig wirkte er früher. Die Demokraten und Liberalen des 19. Jahrhunderts waren aus Sicht der etablierten Politik Radikale, ebenso Gewerkschaften und Arbeiterbewegung. Das wirkte lange nach. Es dauerte, bis bestimmte Formen der Demonstration auch für die gesellschaftliche Mitte irgendwo auf der Skala von „normal“ und „wünschenswert“ bis „gerade noch tolerierbar“ angekommen waren. Straßenprotest wurde nach 1945 immer weniger die Domäne der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften, die noch bei der „Kampf dem Atomtod“-Kampagne gegen die nukleare Bewaffnung der Bundeswehr 1957/58 das organisatorische und personelle Rückgrat der älteren Friedensbewegung gebildet hatten.

6. WENDEPUNKT 1980ER JAHRE

Ein Wendepunkt war in den 1980er Jahren erreicht, als die neue Friedensbewegung gegen die atomare Nachrüstung des NATO-Doppelbeschlusses zur quantitativ gesehen größten Protestmobilisierung seit der Gründung der Bundesrepublik führte. Diese konnte weit über die klassischen Alternativ- und Protestmilieus der 1970er Jahre hinaus zahlreiche Menschen mobilisieren, darunter viele evangelische und katholische Christen, Bürgerliche, Junge und Alte, die man bis dahin selten bei Demonstrationen gesehen hatte. Ja, bei der großen Menschenkette von Ulm nach Stuttgart im Oktober 1983 war zu beobachten, wie durch die (visuelle) Hervorhebung von Familien mit kleinen Kindern sowie vor allem von Frauen und (jungen) Müttern die Friedensbewegung als Querschnitt der Gesellschaft und Zukunft des Landes inszeniert wurde.

Offene Gesellschaften lassen Protest zu und lernen, relativ gelassen damit umzugehen. Hier machte die Bundesrepublik eine steile Lernkurve durch, weil die integrierende Funktion von Protest erst allmählich geschätzt oder wenigstens akzeptiert wurde. Das zeigte sich an den Reaktionen von etablierter Seite, so etwa als Helmut Kohl gegenüber dem Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss gelassen blieb, auch wenn er ihn politisch nachdrücklich und mit harten Bandagen bekämpfte. Sein Vorgänger Adenauer hatte den Protest gegen die Wiederbewaffnung noch mit größerer Sorge betrachtet. Protest erfuhr so eine sukzessive Normalisierung und kehrte ins Bürgertum zurück, von wo er im 19. Jahrhundert seinen modernen Ausgangspunkt genommen hatte. Auch die friedliche Revolution in der DDR hat dazu beigetragen, dass sich politischer Protest seit den 1990er Jahren gesellschaftlich einer eher positiven Wahrnehmung erfreut.

Aufgrund dieser Normalisierung wirkt Protest heute oft weniger promodern transformierend („revolutionär“), sondern richtet sich vermehrt auf modifizierende Bewahrung des Status quo. Seit den 1970er Jahren standen immer wieder große Infrastrukturprojekte im Fokus. Protestler wehrten sich oft gegen die Zumutungen von Modernisierungen, wie an der Anti-AKW-Bewegung oder auch der Globalisierungskritik der 1990er Jahre ablesbar ist. Nicht mehr radikale Veränderung, sondern vermehrt konservative Ziele dominieren, was auch für die jüngsten Klimabewegungen gilt, die so viel Unterstützung von etablierten Parteien und Politikakteuren erfahren. Auch die „Hygiene-Demonstrationen“ machen den Eindruck, dass sie den durch die Pandemie erzwungenen Wandel eher ablehnen als gestalten wollen und sich in eine vermeintlich heile Zeit zurück vor Corona wünschen.



Demonstranten verschiedener Gruppierungen wie der Initiative „Querdenken“ protestierten am 29. August 2020 in Berlin gegen die bestehenden Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie.

7. GEWALT UND RADIKALISIERUNG SCHADEN EINER BEWEGUNG

Diese Normalisierung und wachsende Akzeptanz von Protest bedeutet im Umkehrschluss, dass erfolgreiche, von der breiten Öffentlichkeit als legitim wahrgenommene Bewegungen auch daran gemessen werden, ob sie die Grenze zu Extremismus und Gewalt ziehen können. Der aus dem Schoß von „1968“ hervorgekrochene Terror der RAF beeinträchtigte Ziele der Studentenbewegung, die ja völlig zu Recht auf Verkrustungen im Hochschulbereich aufmerksam gemacht oder den Vietnamkrieg angeprangert hatte. Auch sah sich die Friedensbewegung der 1980er Jahre in Vorwürfe verstrickt, es mit der Abgrenzung von Moskau- oder Ost-Berlinhörigen Kommunisten nicht ernst genug zu nehmen. Die Anti-AKW-Bewegung hatte einen schweren Stand, wo sie gewaltbereite Autonome nicht unter Kontrolle brachte oder diese das öffentliche Bild dominierten (wie in Brokdorf). Ähnlich verhielt es sich bei den globalisierungskritischen Protesten der 1990er Jahre.



Auftakt und Initialzündung der 1968er-Bewegung war der studentische Vietnamkongress und die damit verbundene Demonstration am 18. Februar 1968 in West-Berlin, hier mit den Bildern von Che Guevara und Rosa Luxemburg.

Ein Teilaspekt der Normalisierung von Protest ist somit, dass bestimmte disruptive Formen als unpolitisch oder gesellschaftlich unproduktiv abgelehnt werden. Ein gutes Beispiel sind die „Halbstarkenkrawalle“ der 1950er Jahre. Unzureichende Sicherheitsvorkehrungen bei Konzerten kamen mit überzogener Reaktion staatlicher Autoritäten zusammen. So alarmierten Jugendliche bewusst die Polizei, um diese zum „scharfen“ Eingreifen zu animieren, was den „Krawall“ erst produzierte. Populärkulturell angeleitetes jugendliches Aufbegehren prallte gegen autoritäre gesellschaftliche Leitbilder, was dann auch die Unruhen um „1968“ in ihren Wirkungen potenzierte. Vieles, was vor 50 Jahren polizeiliches Eingreifen nach sich zog, wie etwa 1968 die berühmt-berüchtigten „Spaziergangsdemonstrationen“ der Kommune 1 auf dem Berliner Kurfürstendamm, würde heutige Passanten kaum beeindrucken.

Als ein historischer Erfahrungswert lässt sich festhalten, dass Gewalt durchgängig den Zielen einer Bewegung schadet und zwingend zu vermeiden ist. Auch ein zu enger Schulterschluss mit Radikalen und Extremisten gleich welcher Couleur macht eine Bewegung hochgradig angreifbar und für die Mehrheit weniger attraktiv. Die Friedensbewegung der 1980er Jahre bekam das Problem mit dem kommunistischen Rand in den Griff. Nun machen „Querdenker“ und Protestler gegen die Pandemiemaßnahmen die Erfahrung, dass ihr Ziel beschädigt wird, weil sie sich nicht rasch genug von Rechtradikalen distanziert haben, was sie in ihrer Ablehnung gegenüber den „etablierten Medien“ wiederum bestärkt. Historisch gesehen führt eine solche Negativspirale in die Marginalisierung. Wer demonstriert, weiß: Medien aller Art springen auf Gewalt und Radikalismus auf, die erhoffte gesellschaftliche und politische Solidarisierung wird unterbleiben; eine Bewegung kommt aus der Defensive nicht mehr heraus, gerechtfertigt oder nicht, wenn sie die Grenzen nicht eindeutig genug ziehen kann.

8. WAS PROTEST BEWIRKEN KANN

Wäre das Kriterium, wann Protest im Sinne der von einer Bewegung anfänglich intendierten Ziele tatsächlich Erfolg hatte, dann wäre das eine ernüchternde Erzählung: Der Generalstreik vom November 1948 machte die Währungsreform nicht rückgängig; die Ruhrkumpel verhinderten nicht die Zellenstilllegungen; „1968“ jagte vergeblich der Weltrevolution hinterher; die Anti-AKW-Bewegung hat den Ausbau der Kernenergie kaum gebremst; Gastarbeiterproteste führten nicht sofort zur Abstellung diskriminierender Praktiken am Arbeitsplatz; die Friedensbewegung der 1980er Jahre hat die atomare Nachrüstung nicht gestoppt; rechtspopulistische Protestler wie Pegida verhindern nicht, dass Deutschland ein Einwanderungsland bleibt.

Man könnte fragen, ob es nicht besser ist, wenn Protestbewegungen „glücklich“ scheitern, wie es gelegentlich zu „1968“ gesagt worden ist. Politisch erfolgreiche Bewegungen, die die Macht ergreifen, standen am Anfang katastrophaler Entwicklungen. So die Bolschewiki in Russland, die als Intellektuelle der zögernden, kompromissbereiten russischen Arbeiterklasse auf die Sprünge halfen, oder die Faschisten, die die Revolutionsfurcht des italienischen Bürgertums auf ihre Mühlen lenkten. Auch die jüngsten Griffe nach der Macht der als Anwälte des „kleinen

Mannes“ sich gerierenden Populisten (beispielsweise in Ungarn, auf den Philippinen oder den USA) stimmen skeptisch. Die ursprünglich revolutionäre Arbeiterbewegung hatte Erfolg. Doch ihr Aufstieg von der Protestpartei ins Kanzleramt glückte nach Jahrzehnten parlamentarischer Zähmung. Ähnlich erging es den Grünen. Protest scheint vor allem dann erfolgreich zu sein, wenn er politisch scheitert, aber zugleich die Verhältnisse zum Tanzen bringt, also gesellschaftliche Resonanz und Debatte erzeugt. Gescheiterte Revolutionen können eine Gesellschaft voranbringen und modernisieren, Protestbewegungen aus sich heraus in der Regel nicht.

Dies klingt sehr apodiktisch und abwertend, ist es aber nicht, sondern ein historisch gut abgehangener Erfahrungswert. Es gilt, die Dinge in ihre rechten Proportionen zu stellen, sofern man sich nicht bei der Diskussion von „Erfolg“ auf einzelne, konkrete Maßnahmen versteifen möchte. Zweifellos haben Protestbewegungen immer wieder erfolgreich agiert, wenn sie zum Beispiel den Bau eines Staudamms oder Kraftwerks vereitelten; oder bestimmte konkrete gesetzliche Regeln voranbrachten oder verhinderten, so der Teilerfolg der Frauenbewegung mit Blick auf den §218, die Einfügung des Tierschutzes in das Grundgesetz oder die Abschaffung von Studiengebühren ab 2011. Dann aber liegt das Geheimnis des Erfolgs darin, dass sich Bewegte mit Etablierten verbünden, politische Partner im Parlament finden, ähnlich einer Lobby agieren und gesetzgeberischen Wandel initiieren, bis in konkrete Formulierungen hinein. Das passiert tagtäglich, ist aber nicht gemeint, wenn hier nach gesellschaftlichen „Wirkungen“ und „Erfolgen“ gefragt wird.

Auf der übergeordneten systemischen Ebene, wenn es etwa um soziale Gerechtigkeit, den Wandel der Geschlechterverhältnisse, den Umgang mit natürlichen Ressourcen oder das Verhältnis zu Krieg und Frieden geht, ist politischer Protest eher Medium des Wandels als dessen Motor. Denn er reagiert schon definitiv auf „das, was ist“: die Wahrnehmung gesellschaftlicher (Fehl-)Entwicklungen. Hierbei zeichnet er Defizite oft in schrillen Farben. Doch für konstruktive Lösungen fehlen der institutionelle Zugang und oft auch der Wille, weil „Politik mit dem Ausrufezeichen“ sich der Kompromisshaftigkeit demokratischer Politik entzieht. Protest, so lässt sich historisch zeigen, ist in modernen Gesellschaften Medium, gegebenenfalls auch Verstärker und Sprachrohr des Wandels. Er stößt gesellschaftliche Diskurse an, begleitet diese, treibt sie voran, ist aber kaum die Ursache des Wandels selbst. Das sind die sozialstrukturellen und ökonomischen Transformationsprozesse.

9. SINNSTIFTUNG IM KOLLEKTIV

Es geht bei politischem Protest nicht zuletzt um Sinnstiftung für ein Kollektiv, das demonstriert und auf die Straßen geht. Die sozialwissenschaftliche Forschung nennt das die „expressive“, nach innen gewendete Dimension von Protest, in Abgrenzung von der „instrumentellen“, Zweck und Ziele „mit Außenbezug“ betreffenden Dimension: Auch in der Moderne wird Gemeinschaft nicht nur symbolisch abstrakt oder medial vermittelt erfahren. Eine Gruppe von Demonstrierenden überwindet temporär Grunderfahrungen der Entfremdung in der Moderne. Das führt zu einem höheren emotionalen Aggregatzustand aufgrund von physischer Interaktion. Diese

emotionalen Wirkungen des persönlich Erlebten sind empirisch schwer zu greifen. Jedoch machen sie in Kombination mit entsprechenden Erzählungen die Anziehungskraft von erfolgreichen Protestbewegungen auch auf bisher Nichtbeteiligte oder Außenstehende aus.

Diese emotionalen Effizienzgewinne sind im individuellen Erleben von Straßenprotest nicht völlig trennscharf von der Begeisterung bei Sportereignissen zu unterscheiden und ähneln, zugespitzt, in ihrem Erlebniswert anderen „Freizeitbeschäftigungen im Kollektiv“. Es wäre naiv, dies außer Acht zu lassen. Dies gilt vor allem für eine offene Gesellschaft, während in der DDR noch im Sommer 1989 die persönliche Gefahrenlage anders zu beurteilen war. Die Teilnahme an einer Demonstration stellt immer ein persönliches Erleben dar, etwa der gemeinsamen Anreise im Bus, des Ausharrens auf „Aufmarschplätzen“. Die erzeugten Stimmungen, auch aufgrund von Musik und anderen Faktoren emotionaler Vergemeinschaftung, machen Protest zu einem „starken Erlebnis“. Aber: Die Bereitschaft der Demonstrierenden, ihre potentielle Leidensfähigkeit im Angesicht der Gefahr, etwa angesichts bedrohlich wirkender Polizisten, nehmen auch die Außenstehenden als ein glaubwürdiges Zeugnis wahr. Dies hat mehr mediale Durchschlagskraft als ein Mausclick oder Leserbrief.

10. PROTEST ZIELT AUF MEDIALE WIRKUNG

Menschenmassen ziehen Kameras magisch an. Politischer Protest zielt auf eine öffentliche, mediale Wirkung. Daher ist er in erster Linie eine Variante politischer Kommunikation, aber, wie gesagt, eine „mit dem Ausrufezeichen“. Weil Straßenprotest ohne die symbiotische Beziehung zu anderen Medien nicht verfängt, hat er sich medial als äußerst anpassungsfähig erwiesen. Er lässt sich auf Papier und auf dem Bildschirm eines Smartphones weiterverbreiten, er lässt sich in der Zeitung, im Fernsehen, im Internet betrachten und hat seine Kommunikationsstrategien parallel zum Wandel des medialen Ensembles kontinuierlich erneuert. Zu Demonstrationen wird nicht mehr mit Flugblättern oder Plakaten „aufgerufen“, sondern mittels sozialer Medien „eingeladen“.

Das Repertoire des Straßenprotests ist ferner keinesfalls statisch. Die typischen Formen passen sich an das dominante Medium an. Plakate und Banner mit politischen Parolen ersetzen Fahnen, als Zeitungen vermehrt Fotos abdruckten. Die „direkten Aktionen“ der „68er“ waren wie fürs Fernsehen gemacht. In den 1970er Jahren kam es während der Anti-AKW-Proteste vermehrt zu Platzbesetzungen, die auch während der *Occupy*-Protestwelle während der jüngsten Weltfinanzkrise so charakteristisch waren. Die 1920er bis 1960er Jahre hingegen waren die Zeit der klassischen Protestmärsche über lange Strecken, wie die Märsche Gandhis in Südafrika und Indien, die der US-Bürgerrechtsbewegung oder die Ostermarschbewegung. Sie ergaben medial Sinn, als die Presse noch weitgehend lokal organisiert war. Doch sie sind mit dem Übergang zu nationalen und vor allem visualisierten Medienensembles weitgehend ausgestorben. Außerdem: Wer könnte sich heute noch Wochen Urlaub nehmen, um von einem

Ende des Landes ans andere zu marschieren? Auffällig ist daher, dass jüngere, digital affine Bewegungen wie die Fridays for Future-Demonstrationen oder Black Lives Matter auf kürzere, dezentralisierte Events in vielen Städten setzen, statt auf eine einzige, ganz große, kompliziert zu organisierende Demonstration im Zentrum der Macht, wie es für die alte Bonner Republik typisch war.

Beispiele der in ihrem Primärziel gescheiterten Proteste gibt es reichlich. Selten hat eine Protestbewegung auf Anhieb reüssiert. Doch Protest auf die instrumentelle Dimension der konkreten Durchsetzung eines bestimmten, klar umschriebenen Ziels wie etwa die Verhinderung der Wiederbewaffnung in den 1950er Jahren zu reduzieren, griffe zu kurz. Vielmehr „indiziert“ Protest jenseits des ostentativ vorgetragenen Anliegens gesellschaftliche Krisen und Kommunikationsdefizite, er macht sozialen Wandel sichtbar, legt latente Konflikte offen. Protest als Medium gesellschaftlichen Streits ist zentral für die Verständigung darüber, was uns in unserer Gesellschaft wichtig ist, wofür wir einstehen und was uns zusammenhält. Die Demonstrationstreiks vom November 1948 konnten die Währungsreform (zum Glück) nicht rückgängig machen. Dennoch erzwangen sie eine Debatte über die soziale Abfederung des von Ludwig Erhard eingeleiteten Übergangs zur Sozialen Marktwirtschaft, die sich ja dann als ein großes Erfolgsmodell für die frühe Bundesrepublik erweisen sollte. Ähnliches ließe sich über die Friedensbewegung der 1980er Jahre sagen, die zwar vordergründig scheiterte, jedoch den außenpolitischen Diskurs in Richtung auf Vorstellungen einer „Friedensmacht“ Deutschland verschob.

11. PROTEST ZEIGT SOZIALEN WANDEL AN

Politischer Protest lässt sich somit als eine etablierte Form der sozialen und kommunikativen Bewältigung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Krisen und Transformationsprozesse beschreiben. Er kommuniziert ein bestimmtes Anliegen, spitzt aktuelle Problemstellungen zu und reduziert dabei Komplexität. Daher ist es um seine politische Lösungskompetenz oft nicht gut bestellt. Aber Lösungen zu finden, ist auch gar nicht zentral: Protest zeigt soziale Ängste, Hoffnungen und Erwartungen an: Die Forschung nennt das seine „Indikatorfunktion“. Und er stiftet Sinn. Die protestierenden Akteure verständigen sich darüber, wer sie sind und was sie von der Gesellschaft erwarten. Dabei zwingt er etablierte Kräfte, ihrerseits Rechenschaft abzulegen, ihre Standpunkte zu überdenken oder wenigstens besser zu begründen.

Protest interagiert mit gesellschaftlichem Wandel, Protestbewegungen stehen nicht außerhalb der Gesellschaft. Wir haben es seit den 1950er Jahren mit einem Bündel von Entwicklungen zu tun, an denen verschiedenste Protestbewegungen sich abgearbeitet haben: zunächst im Westen der Durchbruch der Konsumgesellschaft und damit einhergehend eine wachsende soziale Liberalisierung und Individualisierung; dann der Übergang zur Dienstleistungsökonomie sowie

die Rationalisierung von Produktionsabläufen einschließlich der Digitalisierung; es folgten die Umbrüche in Osteuropa und das Ende der DDR; in jüngster Zeit erst realisieren wir, dass wir seit den 1970er Jahren wieder in einer Einwanderungsgesellschaft leben; der Großtrend seit fünf Jahrzehnten ist der einer wahrgenommenen Verwischung und Auflösung von Grenzen in der Welt, kurz: Globalisierung. In der Dialektik von „Öffnung“ und „Schließung“ – sowohl im wirtschaftlichen als auch im kulturellen Sinne – dürfte die zentrale Konflikt- und Scheidelinie der heutigen Zeit liegen. Protestbewegungen greifen das auf und machen gesellschaftliche Problemwahrnehmungen für alle sichtbar.

Aus historischer Sicht lässt sich sagen, dass politischer Protest vor allem Resonanzraum (oder „Medium“) des Wandels ist. Dass Protestierende weiter auf die Straße gehen müssen, um ein Problem für breite Kreise begreifbar und im wahrsten Sinne des Wortes „sichtbar“ zu machen, hat mit dem Ringen um Aufmerksamkeit in einer auf mediale Kommunikation ausgelegten Gesellschaft und deren historisch überlieferten Regeln zu tun. Hier sind die funktionalen Unterschiede zwischen einem massenmedialen Ensemble wie um 1980 und einem, das in wichtigen Teilen zunehmend auf soziale Medien und individuelle Kommunikationsakte scheinbar ohne sichtbare „Gatekeeper“ ausgerichtet ist wie das heutige mediale System, gar nicht so groß. Technisch mögen zwischen 1980 und 2020 Welten liegen. Doch der Grundzusammenhang funktioniert weiter. Für Breitenwirksamkeit wird eine Bewegung weiter hinaus auf die Straßen gehen müssen. Denn historische Erfolge, Erzählungen sowie Erinnerungen an frühere Protestereignisse können soziales und kommunikatives Handeln determinieren und formen.

LITERATUR

- B Brauer, Christoph u. a.:** Bauchgefühl und Mathematik. Wie kommt man mit „Querdenkern“ ins Gespräch, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 231, 7. Oktober 2020.
- E Eppelsheim, Philipp/Freidel, Morten:** Die Große Verweigerung, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Nr. 36, 6. September 2020.
- F Fielitz, Maik/Staemmler, Daniel:** Hashtags, Tweets, Protest? Varianten des digitalen Aktivismus, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 33(2), 2020, S. 425–441, <http://forschungsjournal.de/node/3137> (letzter Abruf: 4. November 2020).
- G Gassert, Philipp:** Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018.
- H Hellmann, Kai-Uwe:** Systemtheorie und Neue Soziale Bewegungen. Identitätsprobleme in der Risikogesellschaft, Wiesbaden 1996.
- Hutter, Swen/Teune Simon:** Politik auf der Straße. Deutschlands Protestprofil im Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 25-26/2012, S. 9–17, <https://www.bpb.de/apuz/138276/deutschlands-protestprofil-im-wandel> (letzter Abruf: 4. November 2020).
- K Klimke, Martin/Scharloth, Joachim (Hg.):** 1968. Handbuch zur Kultur- und Mediengeschichte der Studentenbewegung, Stuttgart 2007.
- M Mullis, Daniel:** Protest in Zeiten von Covid-19: Zwischen Versammlungsverbot und neuen Handlungsoptionen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 33(2), 2020, S. 528–543, <https://protestinstitut.eu/protest-in-zeiten-von-covid-19/> (letzter Abruf: 4. November 2020).
- R Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.):** Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main 2008.

Impressum

Der Autor

Prof. Dr. Philipp Gassert ist seit Februar 2014 Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Mannheim. Er forscht im Bereich der deutschen und europäischen Zeitgeschichte sowie der transatlantischen Geschichte und der US-Außenpolitik des 20. und 21. Jahrhunderts. Seine wichtigsten aktuellen Themengebiete sind die Protest- und Friedensbewegungen im Kalten Krieg.

Ansprechpartner

PD Dr. Matthias Oppermann

Stv. Leiter Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
T +49 30 / 26 996-3812
matthias.oppermann@kas.de

Dr. Kathrin Zehender

Referentin Zeitgeschichte
T +49 30 / 26 996-3717
kathrin.zehender@kas.de

Herausgeberin

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, Berlin

Umschlagfoto: © picture alliance/Klaus Rose; Klaus Rose
Anlässlich des NATO-Gipfels in Bonn demonstrierten am 10. Juni 1982 Hunderttausende gegen die Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen in Deutschland.

Bildnachweise: S. 4 © picture-alliance/ZB; transit/Harald Kirschner; S. 7 © Wikimedia/gemeinfrei; S. 8 © picture alliance/Geisler-Fotopress; Christoph Hardt/Geisler-Fotopress; S. 9. © picture-alliance/Klaus Rose; Klaus Rose

Gestaltung und Satz: yellow too, Pasiak Horntrich GbR
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-800-1